

CONV 805/03

ÜBERMITTLUNGSVERMERK

des Präsidiums
für den Konvent

Betr.: **Neue bzw. überarbeitete Bestimmungen des Teils III**

Die Mitglieder des Konvents erhalten anbei einige neue Bestimmungen und einige überarbeitete Artikel des Teils III der Verfassung, die das Präsidium zu einigen der auf der letzten Plenartagung erörterten Punkten ausgearbeitet hat. Dazu zählen:

- horizontale Bestimmungen (Anlage I);
- Ordnungspolitik (Anlage II);
- Beschlussfassung im Bereich der GASP (Anlage III).

Des Weiteren sind in der Anlage die an die Bestimmungen des Teils I angepassten Artikel des Teils III über die Organe zu finden (Anlage IV).

Mit diesen Entwürfen soll den auf der Plenartagung aufgeworfenen Fragen Rechnung getragen werden, damit in Bezug auf Teil III und insbesondere in Bezug auf jene Bereiche, die unmittelbar mit Teil I in Zusammenhang stehen, Fortschritte erzielt werden.

Sie greifen etwaigen weiteren Änderungen nicht vor, die möglicherweise aufgrund der schriftlichen Änderungsvorschläge zu Teil III, die einige Konventsmitglieder unterbreitet haben oder bis Montag, den 23. Juni, 12.00 Uhr eventuell noch vorlegen werden, vorgenommen werden. Sollte der Europäische Rat in Thessaloniki beschließen, dem Konvent noch einige Wochen Aufschub zu gewähren, damit er Teil III fertig stellen kann, wird das Präsidium eine überarbeitete Fassung vorlegen, damit auf einer außerordentlichen Tagung, die am 9.-11. Juli abgehalten werden könnte, ein endgültiger Konsens über diesen Teil der Verfassung erzielt werden kann.

Es sei darauf hingewiesen, dass die Änderungsvorschläge zu Teil III nicht darauf abzielen sollten, die geltenden Bestimmungen über die Politikbereiche zu ändern - natürlich mit Ausnahme jener Bereiche wie Außenpolitik, Ordnungspolitik sowie Freiheit, Sicherheit und Recht, die im Konvent auf Gruppenebene und im Plenum geprüft wurden.

HORIZONTALE BESTIMMUNGEN

TITEL I

ALLGEMEIN ANWENDBARE BESTIMMUNGEN

Artikel III-0 (neu)

Die Union achtet - unter Berücksichtigung sämtlicher Ziele der Union - auf die Kohärenz zwischen den verschiedenen Politiken und Maßnahmen, die in diesem Teil der Verfassung genannt sind.

Artikel III-1 (ex-Artikel 3 Absatz 2)

Bei allen in diesem Teil genannten Maßnahmen wirkt die Union darauf hin, Ungleichheiten zwischen Männern und Frauen zu beseitigen und die Gleichstellung von Männern und Frauen zu fördern.

Artikel III-1a (neu)

Bei der Festlegung und Durchführung der in diesem Teil der Verfassung genannten Politiken und Maßnahmen zielt die Union darauf ab, Diskriminierungen aus Gründen des Geschlechts, der Rasse, der ethnischen Herkunft, der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung zu bekämpfen.

Artikel III-2 (ex-Artikel 6)

Die Erfordernisse des Umweltschutzes müssen bei der Festlegung und Durchführung der in diesem Teil genannten Unionspolitiken und -maßnahmen insbesondere zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung einbezogen werden.

Artikel III-2a (ex Artikel 153 Absatz 2)

Den Erfordernissen des Verbraucherschutzes wird bei der Festlegung und Durchführung der anderen Gemeinschaftspolitiken und -maßnahmen Rechnung getragen.

Artikel III-3 (ex-Artikel 16)

Unbeschadet der [Artikel III-52, III-53 und III-131] (ex-Artikel 73, 86 und 87) und in Anbetracht des Stellenwerts, den Dienste von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse als Dienste, denen alle in der Union Bedeutung beimessen, einnehmen, sowie ihrer Bedeutung bei der Förderung ihres sozialen und territorialen Zusammenhalts tragen die Union und ihre Mitgliedstaaten im Rahmen ihrer jeweiligen Befugnisse im Anwendungsbereich der Verfassung dafür Sorge, dass die Grundsätze und Bedingungen für das Funktionieren dieser Dienste so gestaltet sind, dass diese ihren Aufgaben nachkommen können.¹

¹ Bei diesem Artikel handelt es sich um eine vorläufige Formulierung.

ORDNUNGSPOLITIK

ABSCHNITT 3A

BESONDERE BESTIMMUNGEN FÜR DIE MITGLIEDER DES EURO-WÄHRUNGSGEBIETS

Artikel 1 (aus Artikel III-86 übernommen)

(1) Um zu gewährleisten, dass die Wirtschafts- und Währungsunion reibungslos funktioniert, können im Einklang mit den einschlägigen Verfassungsbestimmungen für die dem Euro-Währungsgebiet angehörnden Mitgliedstaaten zusätzliche Sondermaßnahmen angenommen werden, um die Koordinierung ihrer Wirtschaftspolitiken und die Haushaltsdisziplin zu verstärken. Diese Maßnahmen erstrecken sich auf die Grundzüge der Wirtschaftspolitik und ihre Überwachung [Artikel III-68 Absätze 2 und 4] sowie die übermäßigen Defizite [Artikel III-3 Absätze 6, 7, 8 und 11].

(2) Bei den in Absatz 1 genannten Maßnahmen sind nur die dem Euro-Währungsgebiet angehörnden Mitgliedstaaten stimmberechtigt. Als qualifizierte Mehrheit gilt die Mehrheit der Stimmen der Vertreter der dem Euro-Währungsgebiet angehörnden Mitgliedstaaten, sofern diese mindestens drei Fünftel der Bevölkerung dieser Staaten repräsentiert. Ist für einen Rechtsakt Einstimmigkeit vorgeschrieben, so ist die Einstimmigkeit dieser Mitgliedstaaten erforderlich.

Artikel 2

Die Bestimmungen über die Veranstaltung von Tagungen der Minister der dem Euro-Währungsgebiet angehörnden Mitgliedstaaten sind in einem Protokoll zu dieser Verfassung enthalten.

Artikel 3 (ex-Artikel III-81)

(1) Um die Stellung des Euro im internationalen Währungssystem sicherzustellen, koordinieren die dem Euro-Währungsgebiet angehörnden Mitgliedstaaten ihr Handeln untereinander und mit der Kommission im Hinblick auf die Festlegung gemeinsamer Standpunkte innerhalb der zuständigen internationalen Einrichtungen und Konferenzen im Finanzbereich. Sie vertreten dort diese gemeinsamen Standpunkte und setzen sich für sie ein.

Gegebenenfalls wird die Europäische Zentralbank unbeschadet ihrer Unabhängigkeit voll in diese Koordinierung einbezogen.

(2) Auf der Grundlage dieser Koordinierung kann der Rat auf Vorschlag der Kommission geeignete Maßnahmen mit dem Ziel annehmen, eine einheitliche Vertretung innerhalb der internationalen Einrichtungen und Konferenzen im Finanzbereich sicherzustellen.

(3) Bei den in diesem Artikel genannten Maßnahmen sind nur die dem Euro-Währungsgebiet angehörenden Mitgliedstaaten stimmberechtigt. Als qualifizierte Mehrheit gilt die Mehrheit der Stimmen der Vertreter der dem Euro-Währungsgebiet angehörenden Mitgliedstaaten, sofern diese mindestens drei Fünftel der Bevölkerung dieser Staaten repräsentiert. Ist für einen Rechtsakt Einstimmigkeit vorgeschrieben, so ist die Einstimmigkeit dieser Mitgliedstaaten erforderlich.

ABSCHNITT 4

ÜBERGANGSBESTIMMUNGEN

Artikel III-186 (ex-Artikel 122)

(1) Den Mitgliedstaaten, für die der Rat nicht beschlossen hat, dass sie die erforderlichen Voraussetzungen für die Einführung des Euro erfüllen, werden nachstehend als "Mitgliedstaaten, für die eine Ausnahmeregelung gilt" bezeichnet.

(2) Die nachstehend aufgeführten Bestimmungen der Verfassung finden keine Anwendung auf die Mitgliedstaaten, für die eine Ausnahmeregelung gilt:

- a) Annahme der das Euro-Währungsgebiet generell betreffenden Teile der Grundzüge der Wirtschaftspolitik (ex-Artikel 99 Absatz 2)
- b) Zwangsmittel zum Abbau eines übermäßigen Defizits (ex-Artikel 104 Absätze 9 und 11)
- c) Ziele und Aufgaben des Europäischen Systems der Zentralbanken (ex-Artikel 105 Absätze 1, 2, 3 und 5)
- d) Ausgabe des Euro (ex-Artikel 106)
- e) Rechtsakte der Europäischen Zentralbank (ex-Artikel 110)
- f) Maßnahmen bezüglich der Verwendung des Euro (ex-Artikel 123 Absatz 4)
- g) Währungsvereinbarungen (ex-Artikel 111)
- h) Außenvertretung des Euro (neuer Artikel)
- i) Ernennung der Mitglieder des Direktoriums der Europäischen Zentralbank (ex-Artikel 112 Absatz 2 Buchstabe b).

Daher bezeichnet in den oben genannten Artikeln der Ausdruck "Mitgliedstaaten" die Mitgliedstaaten, für die keine Ausnahmeregelung gilt.

(3) Die Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken sieht in Kapitel IX vor, dass die Mitgliedstaaten, für die eine Ausnahmeregelung gilt, und deren Zentralbank von den Rechten und Pflichten im Rahmen des Europäischen Systems der Zentralbanken ausgeschlossen sind.

(4) Das Stimmrecht der Mitgliedstaaten, für die eine Ausnahmeregelung gilt, ruht bei der Annahme von Maßnahmen des Rates gemäß den in Absatz 2 genannten Artikeln durch den Rat. Als qualifizierte Mehrheit gilt die Mehrheit der Stimmen der Vertreter der Mitgliedstaaten, für die keine Ausnahmeregelung gilt, sofern diese Mehrheit mindestens drei Fünftel der Bevölkerung dieser Staaten repräsentiert. Ist für die Annahme eines Rechtsakts Einstimmigkeit vorgeschrieben, so ist die Einstimmigkeit dieser Mitgliedstaaten erforderlich.

ABSTIMMUNGEN IM GASP-BEREICH

Artikel III-196 Absatz 2 Buchstabe b muss wie folgt lauten

- "b) wenn er auf Vorschlag des Ministers für auswärtige Angelegenheiten, den ihm dieser Minister auf ausdrückliche Aufforderung des Europäischen Rates unterbreitet, die auf dessen eigene Initiative oder auf eine Initiative des Ministers zurückgeht, einen Beschluss über eine Aktion oder einen Standpunkt der Union annimmt."

ORGANE

KAPITEL 1: DIE ORGANE

Abschnitt 1 DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT

Artikel III-227 (ex-Artikel 190)

(1) Das Europäische Parlament arbeitet einen Entwurf für ein Europäisches Gesetz über allgemeine unmittelbare Wahlen seiner Mitglieder nach einem einheitlichen Verfahren in allen Mitgliedstaaten oder im Einklang mit den allen Mitgliedstaaten gemeinsamen Grundsätzen aus.

Der Rat nimmt nach Zustimmung des Europäischen Parlaments, die mit der Mehrheit seiner Mitglieder erteilt wird, einstimmig das Gesetz nach Unterabsatz 1 an und empfiehlt es den Mitgliedstaaten zur Annahme gemäß ihren verfassungsrechtlichen Vorschriften.

(2) In einem Europäischen Gesetz des Europäischen Parlaments, das dieses von sich aus annimmt, sind die Regelungen und allgemeinen Bedingungen für die Wahrnehmung der Aufgaben der Mitglieder des Europäischen Parlaments festgelegt. Das Europäische Parlament beschließt nach Anhörung der Kommission und mit Zustimmung des Rates. Alle Vorschriften und Bedingungen, die die Steuerregelung für die Mitglieder oder ehemaligen Mitglieder betreffen, sind vom Rat einstimmig festzulegen.

(3) **In der Wahlperiode 2004 bis 2009 richtet sich die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments nach dem Protokoll über die Vertretung der Bürger im Europäischen Parlament.**

Artikel III-240 (ex-Artikel 203 und 204)

(1) Der Rat wird von seinem Präsidenten aus eigenem Entschluss oder auf Antrag eines seiner Mitglieder oder der Kommission einberufen.

(2) **Die Regeln für den turnusmäßigen Wechsel des Vorsitzes in den Ratsformationen werden vom Europäischen Rat aus eigenem Entschluss einstimmig festgelegt.**

Abschnitt 4 DIE KOMMISSION

Artikel III-245 (ex-Artikel 213 Absatz 1 und ex-Artikel 214)

Die Europäischen Kommissare und die Kommissare ohne Stimmrecht werden, gegebenenfalls vorbehaltlich des Artikels III-238, für eine Amtszeit von fünf Jahren ernannt. Nur Staatsangehörige der Mitgliedstaaten können Europäische Kommissare oder Kommissare sein.

Artikel III-246 (ex-Artikel 213 Absatz 2)

Die Europäischen Kommissare und die Kommissare haben jede Handlung zu unterlassen, die mit ihren Aufgaben unvereinbar ist. Jeder Mitgliedstaat verpflichtet sich, diesen Grundsatz zu achten und nicht zu versuchen, die Europäischen Kommissare oder Kommissare bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zu beeinflussen.

Die Europäischen Kommissare und die Kommissare dürfen während ihrer Amtszeit keine andere entgeltliche oder unentgeltliche Berufstätigkeit ausüben. Bei der Aufnahme ihrer Tätigkeit übernehmen sie die feierliche Verpflichtung, während der Ausübung und nach Ablauf ihrer Amtstätigkeit die sich aus ihrem Amt ergebenden Pflichten zu erfüllen, insbesondere die Pflicht, bei der Annahme gewisser Tätigkeiten oder Vorteile nach Ablauf dieser Tätigkeit ehrenhaft und zurückhaltend zu sein. Werden diese Pflichten verletzt, so kann der Gerichtshof auf Antrag des Rates, der mit einfacher Mehrheit beschließt, oder der Kommission das Mitglied je nach Lage des Falles gemäß Artikel 216 seines Amtes entheben oder ihm seine Ruhegehaltsansprüche oder andere an ihrer Stelle gewährte Vergünstigungen aberkennen.

Artikel III – 247 (ex Artikel 215)

- (1) Abgesehen von den regelmäßigen Neubesetzungen und von Todesfällen endet das Amt eines **Europäischen Kommissars oder eines Kommissars** durch Rücktritt oder Amtsenthebung. **Ein Europäischer Kommissar oder ein Kommissar** erklärt seinen Rücktritt, wenn der Präsident ihn dazu auffordert.
- (2) **Für den zurückgetretenen, seines Amtes enthobenen oder verstorbenen Europäischen Kommissar oder Kommissar wird für die verbleibende Amtszeit vom Präsidenten der Kommission nach dem gleichen Verfahren ein neuer Europäischer Kommissar oder Kommissar ernannt.**
- (3) **Bei Rücktritt, Amtsenthebung oder Tod des Präsidenten wird für die verbleibende Amtszeit ein Nachfolger ernannt. Für seine Ersetzung findet das Verfahren des Artikels I-26 Absatz 1 Anwendung.**
- (4) Bei Rücktritt aller **Europäischen Kommissare und aller Kommissare** bleiben diese bis zur Neubesetzung ihres Sitzes nach den Verfahren der **Artikel I-25 und I-26** für die verbleibende Amtszeit im Amt.

Artikel III-248 (ex-Artikel 216)

Jeder **Europäische Kommissar oder Kommissar**, der die Voraussetzungen für die Ausübung seines Amtes nicht mehr erfüllt oder eine schwere Verfehlung begangen hat, kann auf Antrag des Rates, der mit einfacher Mehrheit beschließt, oder des **Kollegiums** durch den Gerichtshof seines Amtes enthoben werden.

Artikel III-249 (ex-Artikel 217)

Die Zuständigkeiten der Kommission werden von ihrem Präsidenten vorbehaltlich von Artikel I-26 Absatz 3 gegliedert und zwischen ihren Mitgliedern aufgeteilt. Der Präsident kann diese Zuständigkeitsverteilung im Laufe der Amtszeit ändern. **Die Europäischen Kommissare und die Kommissare** üben die ihnen vom Präsidenten übertragenen Aufgaben unter dessen Leitung aus.

[Artikel III-250]

Artikel III-251(ex-Artikel 218)

Das Kollegium gibt sich eine Geschäftsordnung, um sein ordnungsgemäßes Arbeiten und das seiner Dienststellen nach Maßgabe dieses Vertrags zu gewährleisten. Es sorgt für die Veröffentlichung dieser Geschäftsordnung.

Artikel III-252 (ex-Artikel 219)

Die Beschlüsse **des Kollegiums** werden mit der Mehrheit der Anzahl seiner Mitglieder gefasst. Die Geschäftsordnung legt die Beschlussfähigkeit fest.

Artikel III-253 (ex-Artikel 212)

Die Kommission veröffentlicht jährlich, und zwar spätestens einen Monat vor Beginn der Sitzungsperiode des Europäischen Parlaments, einen Gesamtbericht über die Tätigkeit der Union.

KAPITEL 2: DIE BERATENDEN ORGANE DER UNION

Abschnitt 1 DER AUSSCHUSS DER REGIONEN

Artikel III-288 (ex-Artikel 263)

Der Ausschuss der Regionen hat höchstens 350 Mitglieder. Die Zusammensetzung des Ausschusses wird durch ein einstimmig angenommenes Europäisches Gesetz des Rates festgelegt.

Die Mitglieder des Ausschusses sowie eine gleiche Anzahl von Stellvertretern werden

Abschnitt 2 DER WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS

Artikel III-291 (ex-Artikel 258)

Der Wirtschafts- und Sozialausschuss hat höchstens 350 Mitglieder. Die Zusammensetzung des Ausschusses wird durch ein einstimmig angenommenes Europäisches Gesetz des Rates festgelegt.
